

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

15.12.2018 /19.20-19.50 Uhr
16.12.2018 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Kontrollverlust im Verteidigungsministerium? Untersuchungsausschuss soll Berater-Affäre aufklären
- Schlechtes Krisenmanagement – Welche Lehren zieht die Bundeswehr aus dem Moorbrand bei Meppen?
- Welterklärer und Elder Statesman – Zum 100. Geburtstag von Helmut Schmidt

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, im Studio begrüßt Sie Andreas Flocken.

Diesmal stehen diese Themen im Mittelpunkt:

- Schlechtes Krisenmanagement – Welche Lehren zieht die Bundeswehr aus dem Moorbrand bei Meppen? Außerdem:
- Welterklärer und Elder Statesman – Zum 100. Geburtstag von Helmut Schmidt.

Beginnen wollen wir jedoch mit der Berater-Affäre des Verteidigungsministeriums. Seit Monaten versucht der Verteidigungsausschuss, Licht in das Dunkel zu bringen – bisher ohne Erfolg. Das Verteidigungsministerium bemühte sich zwar, auf die bohrenden Fragen der Abgeordneten einzugehen. Aber die Antworten waren unbefriedigend. Offenbar hat das Verteidigungsministerium schon längst den Überblick verloren. Die Oppositionsparteien haben daher in dieser Woche beschlossen, dass ein Untersuchungsausschuss das Gebaren des Ministeriums in Sachen Berater aufklären soll. Für Tobias Lindner, den verteidigungspolitischen Sprecher der Grünen, ist inzwischen klar:

O-Ton Lindner

„Innerhalb des BMVg, innerhalb des Geschäftsbereichs, konnten verschiedene Stellen Beratungsleistungen beauftragen, ohne das irgendwie melden zu müssen. Kurzum: Dem Ministerium ist völlig der Überblick entglitten, was Beratungsfirmen in welchem Umfang überhaupt tun.“

Der Grüne steht damit nicht allein. Auch die FDP beklagt einen Kontrollverlust. Die Verteidigungsexpertin der Liberalen, Marie-Agnes Strack-Zimmermann:

O-Ton Strack-Zimmermann

„Wir haben kein Problem mit Beratung und externer Expertise. Wir haben ein Problem, wenn das Controlling verloren geht und im Ministerium keiner mehr weiß, wo oben und unten ist.“

Der Bundesrechnungshof hatte festgestellt, dass die Bundeswehr sich für teures Geld von externen Unternehmen beraten lässt. Die Rechnungsprüfer kritisieren, dass in der Regel nicht geprüft worden ist, ob die eingekauften Beratungsleistungen sinnvoll und vor allem wirtschaftlich sind - obwohl diese Prüfung vorgeschrieben ist. Auch Ausschreibungen hat es praktisch nicht gegeben. Üblich war die sogenannte freihändige Vergabe der Aufträge. Außerdem gibt es den Verdacht der Vetternwirtschaft. Tobias Lindner von den Grünen:

O-Ton Lindner

„Zudem haben wir Hinweise bekommen, dass Menschen aus der Leitung des Ministeriums, um das mal etwas verklausuliert zu sagen, und Berater, die Aufträge erhalten haben, sich privat persönlich kennen. Und natürlich muss man jetzt der Frage nachgehen, haben diese privaten Beziehungen Einfluss auf die Auswahl von Beratern gehabt oder nicht.“

Die Summen, um die es dabei geht, sind beträchtlich. Die Rede ist von dreistelligen Millionenbeträgen. Wie viel genau - das kann das Ministerium nicht sagen. Weil offenbar Übersichten und Nachweise fehlen. Gleichwohl gibt sich Ursula von der Leyen nach außen gelassen, tritt die Flucht nach vorn an, räumt offen Fehler ein:

O-Ton von der Leyen

„Wir sind uns darüber klar – es hat Vergaberechtsverstöße gegeben. Das hätte in diesen Teilprojekten nicht passieren dürfen. Das müssen wir abstellen. Gar keine Frage. Das sehen wir auch ganz klar so. Die Projekte selber sind sehr wichtig. Sie sind Modernisierungs- und Digitalisierungsprojekte, die die Zukunft der Bundeswehr bestimmen werden.“

Dass die Bundeswehr in diesen Bereichen über keine eigene Kompetenz verfügt und deshalb auf Beratung von außen setzt, ist vielleicht noch nachvollziehbar. Doch die Bundeswehr beschäftigt teure Berater auch für eher profane Dinge. Tobias Lindner:

O-Ton Lindner

„Wenn ich so Dinge sehe, wie, dass Beratungsleistungen ausgegeben werden, dass die Staatssekretärin Redekarten geschrieben bekommt für eine interne Veranstaltung. Oder dass das Beschaffungssamt in Koblenz Steuerberater beschäftigt, um mit den Finanzämtern zu reden – also eine staatliche Behörde redet mit einer anderen staatlichen Behörde und braucht dafür Steuerberater. Dann mache ich da ein großes Fragezeichen an die Sinnhaftigkeit von solchen Projekten.“

Eine Schlüsselrolle in der Berater-Affäre spielt möglicherweise Ex-Rüstungsstaatssekretärin Katrin Suder. Ursula von Leyen hatte sie von der Unternehmensberatung McKinsey in die Bundeswehr geholt. Sie sollte das ineffiziente Rüstungsmanagement modernisieren und zukunftsfähig machen. Möglicherweise wurde dabei aber über das Ziel hinausgeschossen und ein falsches Signal gesetzt. Obwohl eingeladen, weigerte sich Katrin Suder in dieser Woche, vor dem Verteidigungsausschuss zu erscheinen. Tobias Pflüger, von der Links-Fraktion:

O-Ton Pflüger

„Wir hatten heute das Problem, dass eine Reihe von Fragen eigentlich an Frau Suder gerichtet sein müssten. Aber sie war nicht da. Und u.a. deshalb ist auch dieses Mittel des Untersuchungsausschusses notwendig.“

Denn wenn sich der Verteidigungsausschuss in einen Untersuchungsausschuss umwandelt, kann er die ehemalige Staatssekretärin als Zeugin vorladen. Katrin Suder muss dann vor dem Ausschuss erscheinen.

Zu unserem nächsten Thema.

Der Moorbrand auf dem Bundeswehr-Schießplatz im Emsland beschäftigte wochenlang die Republik. Die Rauchschwaden erreichten sogar das mehr als 200 Kilometer entfernte Hamburg. Für viel Kritik sorgte schnell das Krisenmanagement der Bundeswehr-Stellen. Es gab zahlreiche Fehleinschätzungen und Pannen. Angesichts der Negativschlagzeilen sah sich die Verteidigungsministerin schließlich gezwungen, nach Meppen zu reisen, um sich dort für die Fehler zu entschuldigen. Versprochen wurde, die Gründe für das Desaster bis zum Jahresende zu untersuchen. Das sollte zudem transparent geschehen. Doch viel ist bisher offenbar nicht passiert. Stattdessen soll der Schießbetrieb in wenigen Wochen wieder aufgenommen werden. Hedwig Ahrens hat recherchiert:

Manuskript Hedwig Ahrens

Landwirt Franz Bröker ist Kartoffelbauer im emsländischen Stavern: dort bewirtschaftet er 280 Hektar. Ein Drittel seiner Ackerfläche liegt im Schießgebiet der Bundeswehr. Bis zum Moorbrand im September gab es keine Probleme.

O-Ton Bröker

„Im Regelfall sind die Flächen zwischen acht und siebzehn Uhr gesperrt. Dann können wir nicht zu den Flächen. Dies wird vorher mit der Schießleitung der WTD - so wird das genannt - besprochen und danach kann man planen. Es sind Einschränkungen. Dafür bekommt man auch Entschädigung. Aber man kommt damit klar.“

Sogar an kleinere Moorbrände hatte Bröker sich gewöhnt: Das Feuer nach dem Raketentest im Spätsommer aber hat Ernteverluste verursacht: Auf einem Wohnzimmertisch hat Bröker Fotos ausgebreitet.

O-Ton Bröker

„Die sind von den Flächen, die schwer betroffen sind. Das sind 10 Hektar. Und da gucken wir auf Fotos, wo die Kartoffeln freigespült sind. Da wurden Schläuche mit Löchern verlegt auf dem Betrieb. Und diese haben dann die Kartoffeln freigespült.“

Der Stavener Bauer hat sich deshalb an das emsländische Landvolk in Meppen gewendet. Dort sind nach dem Moorbrand rund 40 Schadensfälle gemeldet worden. Weitere 230 gingen bei einer Annahmestelle der Bundeswehr ein. Wochenlang war die Gemeinde Stavern Stützpunkt für Tausende Einsatzkräfte. Rauch und die Löscharbeiten haben bei Anwohnern Spuren auf Solaranlagen

und Hofeinfahrten hinterlassen. Wegen des Feuers hatte der Landkreis Emsland den Katastrophenfall für die Gemeinde ausgerufen. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen musste vor Ort öffentlich Abbitte leisten.

O-Ton von der Leyen

„Ich möchte zuallererst den Menschen in der Region eine Entschuldigung aussprechen - auch im Namen der Bundeswehr - die unter den Auswirkungen des Brandes zu leiden haben. Ich möchte auch zuhören, was in der Vergangenheit nicht richtig gelaufen ist.“

Man habe viel gut zu machen: Von der Leyen räumte Pannen bei der Bundeswehr ein, versprach, diese zu untersuchen. Das versucht auch die Staatsanwaltschaft Osnabrück. Sie hat Akten auf dem Gelände der Wehrtechnischen Dienststelle in Meppen beschlagnahmt. Es bestehe ein Anfangsverdacht, sagt Oberstaatsanwalt Alexander Retemeyer:

O-Ton Retemeyer

„Wegen verschiedener Delikte. In Betracht kommen hier Brandstiftungsdelikte. Das ist eine besonders schwere Straftat, Mindeststrafe ist ein Jahr, wenn man vorsätzlich Moore anzündet. Oder eben auch Umweltdelikte, wenn dort Naturschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete oder sonstige geschützte Bereiche gefährdet werden.“

Auch der niedersächsische Grünen-Landtagsabgeordnete Christian Meyer hat wegen des Moorbrands Anzeige erstattet - die Ermittlungen dauern an. Sie sollen klären, wer für den Brand verantwortlich war. Am Tag des Raketentests galt im Emsland die wegen der anhaltenden Trockenheit in Kraft gesetzte Verordnung zur Verhütung von Waldbränden. Trotzdem feuerte ein Hubschrauber Raketen ins Moor. Ein Aufschub dieser Tests hätte Zusatzkosten von einer halben Million Euro verursacht. Wollte die Bundeswehr also Geld sparen? Eine Sprecherin verneint das: Die Kosten hätten keine Rolle bei der Entscheidung gespielt, heißt es in einem Schreiben an den NDR. Dort ist weiter zu lesen - Zitat:

Zitat

„Der 3. September 2018 war der vierte Schießtag einer ganzen Testreihe, bei der insgesamt 74 Raketen verschossen wurden, 64 davon ohne jegliche Folgen. Auch lag ein Feuer-Index-Waldbrand 2 von 5 und ein Feuer-Index-Grasbrand von 1 von 5 vor, weshalb die Gefahr der Ausbreitung von Bränden als insgesamt gering bewertet wurde.“

Trotzdem breitete sich das Feuer auf einer Fläche von insgesamt 1.000 Hektar aus. Das lag auch daran, dass Löschfahrzeuge der Bundeswehr defekt waren. Die Kreisfeuerwehr wurde erst eine Woche nach Ausbruch des Brandes um Amtshilfe gebeten, sagt Kreisbrandmeister Holger Dykhoff.

O-Ton Dykhoff

„Die Bundeswehr ist auf ihrem Bereich selber verantwortlich und zuständig und hat dort auch in Eigenverantwortung die Gefahrenabwehr durchzuführen. Die Bundeswehr hat also immer den Bedarf gesagt, den sie benötigt. Ob jetzt der Zeitpunkt glücklich war oder ob man das ein paar Tage eher hätte machen können, mag ich aus der momentanen Situation nicht beurteilen.“

Über das Ausmaß des Moorbrands informierte die Bundeswehr zu spät - so die Kritik vieler Anwohner. War ihre Gesundheit belastet? Erst zwei Wochen nach Ausbruch des Feuers nahm die Bundeswehr Luftproben und erklärte sie für unbedenklich. Das kam nicht gut an.

O-Töne Anwohner

„Ich habe mir nicht vorstellen können, dass wir so hinter's Licht geführt werden. Wir wissen ja gar nicht wirklich, was alles in die Luft gegangen ist, zumal die Messungen ja viel zu spät erfolgt sind.“// „Ich find das unmöglich: ich habe hier auf dem Marktplatz gestanden. An dem Tag, als dieser Rauch kam - also man hat ja nichts mehr gesehen.“// „Das ist ein Skandal finde ich. Man hat die Bevölkerung praktisch im Stich gelassen.“

Messtrupps der Bundeswehr haben das Brandgelände zudem auf Radioaktivität untersucht. Dass auf dem Schießplatz in Meppen uranhaltige Munition erprobt wurde, verneinte der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Jens Flosdorff, in Berlin.

O-Ton Flosdorff

„Es gibt dort jährliche detaillierte Wasserproben in Meppen auf dem Gelände. Es hat dort nie Hinweise auf Belastungen gegeben. Das ist eine rein vorsorgliche Maßnahme und wir haben auch keine Hinweise darauf, dass jemals auf dem Gelände Uranmunition getestet worden ist.“

Erst Anfang Oktober erklärte die Bundeswehr den Brand für gelöscht. Seitdem ist Ruhe eingekehrt im Emsland. Welche Umweltschäden das Feuer dort angerichtet hat, lässt sich noch nicht beziffern. Die Grünen im Landtag gehen davon aus, dass durch den Moorbrand 1,2 Millionen Tonnen CO2 freigesetzt wurden. Die untere Naturschutzbehörde des Landkreises hat sich vor Ort ein Bild gemacht und arbeitet eng mit der Bundeswehr zusammen - so Kreisbaurat Dirk Kopmeyer.

O-Ton Kopmeyer

„Besprochen ist, dass auch bei der Schadensaufnahme und bei der Bewertung der Schäden externe Fachleute hinzugezogen werden. Die werden im Auftrag der Bundeswehr arbeiten – aber der Umfang der Arbeiten und der Begutachtung, das wird mit uns abgestimmt und wir werden als Natur- und Umweltbehörden das eng begleiten.“

Die Bundeswehr will im Januar - also drei Monate nach dem Moorbrand - den Schießbetrieb bei der Wehrtechnischen Dienststelle Meppen wieder schrittweise aufnehmen. Darüber wurden Vertreter der angrenzenden Kommunen und des Landkreises vor einer Woche bei einem nicht öffentlichen Treffen informiert. Der brandschutzpolitische Sprecher der Grünen, Christian Meyer, kritisiert das: noch sei der Moorbrand nicht - wie von der Bundeswehr versprochen - aufgeklärt. Meyer fordert personelle Konsequenzen. Die Kommunen rund um das Bundeswehrgelände stellen den Schießbetrieb nicht in Frage. Die Dienststelle sei ein wichtiger Partner in der Region, so Sögels Samtgemeindegemeister Wigbers. Der Schießplatz bietet mehr als 820 Arbeitsplätze. Zufrieden sind die Emsländer auch mit der Schadensregulierung nach dem Moorbrand. Landwirt Bröker hat sein Geld inzwischen bekommen - auch andere Betroffene. Michael Feld ist Geschäftsführer beim emsländischen Landvolk.

O-Ton Feld

„Es sind Zahlungen geflossen. Ich kann da allerdings keine näheren Zahlen nennen. Das unterliegt alles dem Datenschutz. Wir haben ja nicht den Gutachter beauftragt, sondern das hat die Bundeswehr getan und der jeweils geschädigte Landwirt. Die Bundeswehr ist schon bestrebt, die Schadensfälle zügig abzarbeiten. Aus unserer Sicht können wir sagen, dass die sehr konstruktiv mitarbeiten.“

Was hängen bleibt, ist bis heute die schlechte Informationspolitik der Bundeswehr. Sie dauert offenbar weiter an. So war der Wehrtechnische Dienststelle

Meppen Anfang der Woche noch nicht bekannt, dass der Schießbetrieb im kommenden Monat wieder aufgenommen wird. Außerdem sollte der Moorbrand eigentlich bis Ende des Jahres aufgearbeitet sein. In diesem Zusammenhang soll es auch einen Medientag für Journalisten geben. Wann genau dieser aber stattfinden wird, ist weiterhin nicht bekannt.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Hedwig Ahrens.

Vor drei Jahren starb Helmut Schmidt. Am 23. Dezember wäre der Altkanzler 100 Jahre alt geworden. Grund für die nach ihm benannte Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg, ein zweitägiges wissenschaftliches Kolloquium auszurichten. Beleuchtet wurden die außen-und sicherheitspolitischen Vorstellungen Helmut Schmidts. Während seiner Amtszeit, aber auch danach. Andreas Dawidzinski weiß mehr:

Manuskript Andreas Dawidzinski

Helmut Schmidt galt auch nach seiner aktiven Zeit in der Politik als ein wichtiger Beobachter der internationalen Entwicklungen. Er hatte den Nimbus eines Elder Statesman. Er wurde zum Weisen und Ratgeber der Nation, wie es eine Teilnehmerin der Kolloquiums formulierte. An diesem Bild hat der Altkanzler mächtig mitgestrickt. Ihm war wichtig, wie die Nachwelt über ihn dachte. Er trat bis zu seinem Tod 2015 selbstbewusst auf, zugleich war ein pessimistischer Grundton über die weitere politische Entwicklung nicht zu überhören, sagt Giovanni di Lorenzo. Der Chefredakteur der Wochenzeitung DIE ZEIT hatte bis zuletzt regelmäßig Kontakt zu Helmut Schmidt:

O-Ton di Lorenzo

„Mit seinem Rückzug, und dem gleich zwei, drei anderen auf der Welt, endete die Ära jener Staatsmänner, die die Welt hätten retten können. Das schwang immer so ein bisschen mit. Ich hoffe, ich tue ihm nicht unrecht, aber so etwas wie eine Grundskepsis gegenüber jedem anderen, der da kam, war schon zu spüren – insbesondere während der Eurokrise. Da gab es nur einen, der ganz gut weggekommen ist: das war Mario Draghi.“

Der Chef der Europäischen Zentralbank.

Während Schmidts Kanzlerschaft von 1974 bis 1982 legte er sich den Ruf eines Krisenmanagers und Machers zu. In seiner Amtszeit gab es allerdings keine epocheprägenden Weichenstellungen, wie beispielsweise unter Adenauer, dessen Politik für die Westintegration der Bundesrepublik steht. Mit Willy Brandt wird die Ostpolitik verbunden und Helmut Kohl gilt als der Kanzler der Einheit. Der Altkanzler Schmidt startete aber nach seinem Rückzug eine postpolitische Karriere – er war ein national und international gefragter Elder Statesman. Als Herausgeber der Wochenzeitung DIE ZEIT, hatte er zudem ein Forum, das er entsprechend nutzte, sich regelmäßig zu Wort zu melden.

Helmut Schmidt hat die europäische Integration in seiner Amtszeit maßgeblich vorangetrieben. Da ist es überraschend, dass der junge Schmidt 1957 nicht für die Römischen Verträge gestimmt hatte. Der SPD-Politiker enthielt sich damals. Denn Schmidt hatte von Anfang an ein besonderes Verhältnis zu den Briten. Und eine EWG bzw. eine Europäische Gemeinschaft ohne Großbritannien – das war für den jungen Schmidt der falsche Weg. Die zweimalige Ablehnung des späteren britischen Beitritts durch Frankreich verärgerte den gebürtigen Hamburger. Doch der Unmut hielt nicht lange an. Mathias Häussler von der Universität Regensburg:

O-Ton Häussler

„Diese starke Bindung an Großbritannien ändert sich stark im Verlauf der 60er Jahre, als Schmidt beginnt, ein zunehmend strategisches Bild, eine zunehmend strategische Sicht auf die deutsche Außenpolitik zu entwickeln. Und im Rahmen dieser strategischen Überlegungen wird Schmidt zunehmend die zentrale Bedeutung Frankreichs und der Europäischen Gemeinschaft für Deutschlands Außenpolitik und Zukunft bewusst. Das hat wenig mit einer persönlichen Zuneigung zu tun, sondern mit einer strategischen Kalkulation, einer realpolitischen Überzeugung, dass die europäische Integration das Kernstück westdeutscher Rehabilitierung auf internationaler Bühne darstellt. Europapolitik als deutsche Interessenpolitik.“

Frankreich spielte für Schmidt während seiner Kanzlerschaft eine entscheidende Rolle. Das lag auch an dem damaligen französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing, erläutert Matthias Waechter vom Institut Européen des Hautes Etudes Internationales in Nizza:

O-Ton Waechter

„Giscard hat zu mir gesagt, Schmidt sei für ihn das Modell des modernen europäischen Staatsmanns gewesen. Sie schätzen gegenseitig ihre ökonomische Expertise, sie meinen beide von sich selbst und voneinander, dass sie große Ökonomen sind, sie sehen sich als kongenial an in ihrer Sichtweise, was die richtigen ökonomischen Strategien in der Krise der 70er Jahre sind.“

Schmidt habe sich zudem bei sicherheitspolitischen Fragen seinem französischen Gegenüber klar überlegen und kompetenter gesehen. Schon aufgrund seiner jahrelangen Beschäftigung mit Wehrpolitischen Fragen seit den 1950er Jahren.

Seine Konzentration auf Europa ist für Ursula Schröder vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik bis heute von großer Bedeutung. Schmidts Credo: Europa muss zusammenarbeiten. Andernfalls werde es bedeutungslos:

O-Ton Schröder

„Das ist eine Diagnose, die steht heute genauso wie damals. Und dass es zum heutigem Zeitpunkt keine schlechte Idee ist, europäische Integration durchaus auch strategisch zu begreifen und dass es hierbei darum gehen muss, mit einer Stimme in irgendeiner Form zu sprechen und dass es darum gehen muss, auch strategisch zu sehen: wir müssen außenpolitisch besser kooperieren als bisher. Sonst haben wir weniger Einfluss. Das betrifft die Debatten um den europäischen Sitz im Sicherheitsrat genauso, wie die Debatten um internationale Wirtschaftspolitik, aber auch die heute wieder aktuelle Debatte um die Europäische Armee oder zumindest um die permanente strukturierte Zusammenarbeit. Und an dieser Stelle denke ich, war Schmidt sehr weitsichtig.“

Für Joachim Krause vom Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel hatte der Altkanzler ein Gespür dafür, was international passieren könnte. Er habe sich abgesetzt von einem Wunschdenken, auch in seiner Partei.

O-Ton Krause

„Er war völlig gegen die Erweiterung. Er sagt, das führt dazu, dass Europa zerflattert, und dass die Handlungsfähigkeit Europas immer geringer wird. Und ich muss sagen: Im Nachhinein hat er Recht behalten.“

Dabei standen zu Lebzeiten von Helmut Schmidt der Brexit oder auch die Entwicklung in Italien noch nicht zur Debatte.

Mit keiner Entscheidung ist der Name des SPD-Politikers so eng verbunden, wie mit dem sogenannten NATO-Doppelbeschluss von 1979. Zwei Jahre zuvor hatte Helmut Schmidt in einer Rede in London auf die Folgen der Stationierung von sowjetischen SS-20-Mittelstreckenraketen in Europa hingewiesen. Die westliche nukleare Abschreckung, so die Befürchtung, drohte unglaubwürdig zu werden. Die USA reagierten prompt – aber anders als von Helmut Schmidt eigentlich beabsichtigt. Der Rüstungsexperte Ulrich Kühn:

O-Ton Kühn

„Anstatt Schmidts Anstoß für Rüstungskontrolle aufzunehmen, missverstand Washington des Kanzlers Rede als Aufruf zur nuklearen Aufrüstung in Europa. Anstatt Westeuropas Wunsch zur Ankopplung an das strategische Potenzial der USA wahrzunehmen, sah die militärische Führung der USA den Wert der neuen Raketen vor allem in der Verhinderung der vorzeitigen Heraufstufung eines Konflikts auf die strategische Ebene. Obwohl sich Schmidt im Verbund mit den anderen Europäern erfolgreich für einen dualen Ansatz aus Aufrüstung und einem gleichzeitigen Rüstungskontrollansatz einsetzte, musste die Rüstungskontrolle letztlich noch zehn Jahre warten.“

Bis 1987. In diesem Jahr wurde zwischen den USA und der Sowjetunion der INF-Vertrag unterzeichnet. Alle landgestützten Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.500 Kilometern mussten verschrottet werden.

US-Präsident Trump hat im Oktober die Kündigung des Vertrages angekündigt. Aus Sicht des Konfliktforschers Ulrich Kühn zweifelt diesmal die US-Führung an der Fähigkeit zur Abschreckung:

O-Ton Kühn

„Im Unterschied zu Schmidts Tagen schweigt Deutschlands politische Führung. Ingeheim scheinen eher Zweifel an der Notwendigkeit zusätzlicher amerikanischer Nuklearwaffen zu herrschen. Um eine weitere Konfliktverschärfung mit Russland zu verhindern, setzt Berlin erneut verstärkt auf Rüstungskontrollanstrengungen, gerade auch im konventionellen Bereich. Washington wiederum missversteht Deutschlands Initiativen als leichtfertige Appeasement-Politik.“

Die USA unter Führung von Donald Trump sind aus Sicht der Europäer inzwischen zu einem unberechenbaren Faktor in der internationalen Politik geworden. Helmut Schmidt erlebte die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten nicht mehr. Er dürfte sich in seinem Urteil über die USA bestätigt fühlen. Obwohl der SPD-Politiker persönliche Sympathien für Amerika hegte, beklagte er

sich gleichwohl immer wieder über die seiner Meinung nach unzuverlässige US-Außenpolitik. Auch zu einer Zeit, als Helmut Schmidt noch kein Ministeramt inne hatte. Der SPIEGEL-Redakteur Klaus Wiegrefe spricht von der Enttäuschungsgeschichte Helmut Schmidts. Auf die US-Politik sei kein Verlass, es gebe keine Stetigkeit, so die Einschätzung des Politikers:

O-Ton Wiegrefe

„1968 unkte er sogar, in 10 Jahren oder fünf ist die NATO zerbröckelt. Amerika hat sich in Vietnam abgenutzt. Und die Bundesrepublik sitzt womöglich als Psychiater am Krankenbett des amerikanischen Präsidenten.“

Mit mehr als 100 USA-Reisen verstand sich Helmut Schmidt als USA-Kenner. Für Wiegrefe haben sich die deutschen Politiker damals vor allem an den Machtzentren des außenpolitischen Establishments orientiert. Und sie neigten dazu, diesen Teil fürs Ganze zu nehmen.

O-Ton Wiegrefe

„Bei einer Preisverleihung 1992 hat Schmidt das selber eingeräumt. Er sagt: Noch vor 20 Jahren, also 1972, genügte es für einen deutschen Politiker, wenn er sich über die weitere internationale Politik der USA informieren wollte, es genügte, einen Tag in Princeton oder in Harvard zuzubringen. Einen zweiten Tag – vielleicht nur einen halben – in New York City – vielleicht im Council for Foreign Relations – und dann einen dritten Tag in Washington mit zwei Senatoren zu sprechen – von jeder Seite einen. Und natürlich mit Henry Kissinger.“

Jahrelang herrschte in den USA zwischen Demokraten und Republikanern ein außenpolitischer Konsens. Dieser zerbrach nach Ansicht von Klaus Wiegrefe jedoch mit dem Ende des Wirtschaftsbooms Mitte der 1970er Jahre. Von da an war es vorbei mit der von Schmidt für notwendig erachteten Kontinuität in der US-Außenpolitik.

O-Ton Wiegrefe

„Die Bindewirkung, die gerade der Kalte Krieg auf das deutsch-amerikanische Verhältnis ausübte, ließ nach. Und damit wurden nicht nur unterschiedliche außenpolitische Interessen, historische Traditionen, sozioökonomische und institutionelle Gegebenheiten in der Bundesrepublik und in den USA offensichtlich, die vorher verdeckt worden waren. Die Gegenwart begann, wenn Sie so wollen, mit dem Ende dieses außergewöhnlich engen Verhältnisses wie es sich zwischen Luftbrücke und Ölkrise etabliert hatte. Und aus dieser Perspektive ist das, was Schmidt als Enttäuschung erlebte, die Geschichte einer Normalisierung.“

Besonders schwer tat sich Helmut Schmidt mit US-Präsident Carter. Von einem Zerwürfnis der beiden Politiker war die Rede. Das alles machte es in den deutsch-amerikanischen Beziehungen nicht einfacher.

Wenig hilfreich war dabei auch Schmidts ruppiger und schroffer Umgangston. Seinen Offiziershabitus habe er im Gegensatz zu vielen anderen Zeitgenossen nach 1945 nie abgelegt, so eine Teilnehmerin des Helmut-Schmidt-Kolloquiums. Der Zweite Weltkrieg und die Wehrmacht haben den früheren Oberleutnant geprägt. Meik Woyke von der Friedrich-Ebert-Stiftung:

O-Ton Woyke

„Schmidt, der Soldat, der damit klarkommen musste, einem verbrecherischen Regime als Oberleutnant der Wehrmacht gedient zu haben, der dieses Militärische sehr, sehr schätzte. Bei der ZEIT, wo er Herausgeber war, wohl jeden neuen Kollegen fragte: Haben Sie eigentlich gedient? Was sich später nicht mehr auf die Wehrmacht, sondern auf die Bundeswehr bezog – der große Probleme hatte mit den beiden Wehrmachtsausstellungen. Der sich auch im ZEIT-Dossier, wo er sich kritisch über diese Ausstellung äußert, und gleichzeitig unumwunden zugibt, die hätte er gar nicht gesehen – das wisse er so. Die Wehrmacht sei eine saubere Truppe.“

Seine soldatische Prägung hat auch dazu geführt, dass Helmut Schmidt zunächst mit der ZEIT-Redaktion nicht gleich warm geworden ist. Der Ex-Kanzler war immerhin nach seinem Abschied aus der aktiven Politik rund 30 Jahre bei der Wochenzeitung. Chefredakteur Giovanni di Lorenzo:

O-Ton Di Lorenzo

„Das erste Mal, als wir aneinander gerasselt sind, war, als er mir zum wiederholten Male vorhielt, ich könne ja ein bestimmte Sache nicht verstehen, weil ich nicht durch die ‚Scheiße des Krieges‘ gewatet sei. Die ‚Scheiße‘ ist ein O-Ton, sonst würde ich mir das hier gar nicht erlauben. Und als er das noch mal verschärfte und gesagt hat, die sind nicht alle erwachsen, weil sie sind nicht durch die ‚Scheiße des Krieges‘ gegangen sind, da habe ich mir erlaubt, zu sagen, dass es viele andere Wege gibt, erwachsen zu werden im Leben und ich sehr froh bin, nicht durch die ‚Scheiße des Krieges‘ gegangen zu sein. Und das hat er nicht nur angenommen, sondern er hat es von da an nie wieder gesagt.“

Helmut Schmidt war ein großer Bewunderer Chinas. Ihn faszinierte, wie die Führung in Peking versuchte, das mit mehr als einer Milliarde Menschen bevölkerungsreichste Land der Erde zu modernisieren. Er nahm die chinesische Regierung dabei immer wieder gegen Kritik des Westens in Schutz. Das Prinzip

der Nichteinmischung war dem Altkanzler besonders wichtig – auch wenn es um Menschenrechte ging. Denn einen allgemein gültigen Masterplan für die Entwicklung der Nationen hat es für den SPD-Politiker nicht gegeben. Matthias Nass, internationaler Korrespondent bei der ZEIT, hat oft mit Helmut Schmidt gesprochen:

O-Ton Nass

„Er hat immer vor Überheblichkeit gewarnt. Das galt nicht nur gegenüber China. Das galt z.B. gegenüber der islamischen Welt ganz genauso. Also, ein Zug, der sich durchzog, war: Der Westen möge bitte nicht sein System und seine Werte dem Rest der Welt aufdrängen.“

Der Soziologe Ralf Dahrendorf hat vor einigen Jahren auf einer Veranstaltung der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr vehement für die Demokratie als Exportmodell für die internationale Sicherheit plädiert. Die Achtung von Menschenrechten werde zu Frieden und Stabilität führen, so die Überlegung. Der bei der Diskussion damals ebenfalls anwesende Altkanzler hatte dem Professor massiv widersprochen.

Wer hat recht? Welchen Zusammenhang gibt es zwischen der Achtung von Menschenrechten und Stabilität und Sicherheit? Für Ursula Schröder vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik sind die vorliegenden Forschungsergebnisse eindeutig:

O-Ton Prof. Schröder

„Demokratisierung führt zunächst zu mehr gewaltsamer Konflikthaftigkeit. Aus der Konfliktforschung wissen wir über weiträumige Studien, dass die Skala erstmal nach unten geht Richtung Konflikt. Weil Demokratien darauf beruhen, dass man verregelte Prozesse entwirft, die nichtgewaltfreie Auseinandersetzungen ermöglichen. Und diese Prämisse ist sehr, sehr hoch gegriffen. Das gibt es in vielen Staaten nicht. Das muss man über Generationen schaffen. Und dann wäre es schön zu sagen - da sind die Daten aber auch nicht ganz eindeutig - dass über die Jahrzehnte eine Demokratisierungsexportpolitik zu mehr Frieden und langfristiger Stabilität führt.“

Helmut Schmidt würde diese Aussage sicherlich als Bestätigung für sein hochgehaltenes Prinzip der Nichteinmischung sehen.

* * *

Flocken

Soweit Andreas Dawidzinski über das Helmut-Schmidt-Kolloquium an der Bundeswehr Universität in Hamburg. Den Vortrag von Klaus Wiegrefe und die abschließende Podiumsdiskussion können Sie übrigens nachhören – auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Das war's für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen - ebenfalls unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie auch den Newsletter unserer Sendereihe abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.